

Parteienübereinkommen für die Funktionsperiode des Gemeinderates der Landeshauptstadt Salzburg 2014 bis 2019

Vorwort

Es geht um Gegenwart und Zukunft der Stadt, an der alle politischen Kräfte mitwirken und gestalten. Dieses Parteienübereinkommen regelt im Wesentlichen die Aufgabe dieser Amtsperiode. Zusätzlich nehmen die unterzeichnenden Parteien aber auch vor, zukunftsorientierte Konzepte über diesen Zeitraum hinaus zu entwickeln. Die Stadt braucht langfristige Lösungsentwürfe für alle Generationen insbesondere in den Bereichen Soziales, Arbeit, Verkehr, Bildung, Wohnen und Wirtschaft.

Der Inhalt dieses Arbeitsprogrammes kam in enger Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Hauses zustande. Dies demonstriert einerseits die Tatsache, dass Politik und Verwaltung auf Augenhöhe arbeiten. Zum anderen müssen natürlich alle Projekte für die kommenden fünf Jahre auf ihren Realitätsgehalt und ihre Umsetzbarkeit überprüft werden. Die Koordination dieser Vorarbeiten übernahm die Magistratsdirektion. Dafür sei allen Beteiligten ausdrücklich gedankt!

1. Finanzen

Trotz der Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Einnahmeausfällen konnten die Finanzen der Stadt Salzburg in den vergangenen Jahren nachhaltig verbessert werden. Die Summe der aushaftenden Darlehen, denen jeweils Investitionen gegenüberstehen, sank von rund € 200 Mio. im Jahr 2010 auf € 138 Mio. bis Jahresende 2014, also um rund 30%. Zugleich stiegen die Rücklagen auf mehr als € 100 Mio. Im ordentlichen Haushalt der Stadt wurden regelmäßig Überschüsse erwirtschaftet, die umgehend entweder den Rücklagen zugeleitet, oder anstelle von Darlehen für Investitionen verwendet wurden.

Die Gründe dafür waren einerseits eine vorsichtige Budgetplanung, andererseits Einsparungen im Verwaltungsbereich, wie die Strukturreform des Jahres 2009. Hier konnten durch die Reduktion von rund 190 Planstellen nachhaltig rund € 10 Mio. p.a. im ordentlichen Haushalt eingespart werden.

Es besteht Einvernehmen, dass dieser Kurs fortgesetzt wird.

Die Mittelfristige Finanzplanung des ordentlichen Haushalts wurde zuletzt mit dem Budget 2014 beschlossen und sieht bei vorsichtigen Einnahmeprognosen einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt bis zum Jahr 2018 vor. Die Konjunkturaussichten lassen zwar auf ein leichtes Wachstum der Wirtschaft im europäischen Raum und damit auch in Österreich hoffen, die Prognosen bieten aber kein einheitliches Bild. Auf dieser Basis hat die MA 4 – Finanzen

eine mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2019 erstellt, die ebenfalls auf ausgeglichene Haushalte abzielt. Konkret umgesetzt und mit aktuellen Zahlen präzisiert muss diese Prognose in den jährlichen Budgets vom Gemeinderat beschlossen werden.

Die Investitionstätigkeit der Stadt Salzburg wird in den kommenden Jahren ein sehr hohes Niveau haben. Die Jahresansätze reichen von € 43 Mio. bis € 65 Mio. Exemplarisch seien folgende Projekte angeführt: Bildungscampus Gnigl, Sanierungsprogramms der städtischen Seniorenwohnhäuser, Neubau der Sporthalle Liefering, Neubau des Paracelsusbades, weitere Sanierung der Kindergärten und Pflichtschulen und deren Adaptierung für die Nachmittagsbetreuung, Gestaltung der Griesgasse, Pflasterung der Getreidegasse.

Soweit dies möglich ist, sollen zur Finanzierung dieser anspruchsvollen Projekte Überschüsse aus dem ordentlichen Haushalt und Rücklagen verwendet werden. Dies bedeutet, die gebundenen Rücklagen der Stadt Salzburg ausschließlich für Investitionszwecke zu verwenden.

Bei der Neuordnung der Finanzströme mit dem Land konnten in der vergangenen Funktionsperiode keine weiteren Fortschritte erzielt werden. Im Gegenteil: In den vergangenen Monaten wurden Kürzungen bei gemeinsam finanzierten Projekten vorgenommen (Beispiele: Landestheater, Linien 10 und 20, Volkshochschule).

Hier sind Realitätssinn und Vorsicht angebracht. Es besteht Konsens, dass folgende Richtlinien gelten sollen:

Ausgeglichener ordentlicher Haushalt bis 2019.

Finanzierung des außerordentlichen Haushalts soweit wie möglich aus Überschüssen und Rücklagen; Darlehensaufnahmen nach Anbotseinholung.

Monitoring der Finanzströme und Abschluss einer Vereinbarung mit dem Land, wie die Finanzierungsausfälle des Landes in Zukunft kompensiert werden.

Keine Abwälzung von finanziellen Zusagen des Landes auf die Kommunen/Stadt Salzburg.

Keine Reduktion der Vorwegabzüge im GAF.

2. Neubau Paracelsusbad

Der Neubau des Paracelsusbades ist unumgänglich. Die Bausubstanz des bisherigen Bades ist am Ende, eine technisch und statisch bedingte Sperre könnte die Folge sein.

Aufgrund der historischen Entwicklung herrscht Einvernehmen darüber, dass der Neubau Paracelsusbad auf dem Standort Auerspergstraße realisiert wird. Die SIG wird beauftragt, die Machbarkeit des aus dem Wettbewerb hervorgegangenen Siegerprojektes durch das Projektmanagement zu prüfen. Sollte sich herausstellen, dass das Siegerprojekt nicht realisierbar ist, ist das zweitgereichte Projekt einer Machbarkeitsprüfung zu unterziehen. Dem Gemeinderat ist bis Herbst 2014 ein Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

Konsens herrscht auch darüber, dass der Kurbetrieb auf dem aktuellen Standort verbleibt und der Neubau des Kurhauses in der bisher beschlossenen Vorgangsweise umgesetzt wird.

3. Wohnen

Leistbares Wohnen in der Stadt Salzburg ist das beherrschende soziale Thema unserer Zeit. Die Gründe dafür sind vielfältig. Wohn- und Grundstückskosten sind in der Stadt Salzburg im Vergleich zu anderen österreichischen Städten überproportional gestiegen. Ausgelöst wurde dies einerseits durch die hohe Attraktivität der Stadt, andererseits durch gesellschaftliche Entwicklungen wie die Zunahme der Single Haushalte und einen steten Zuzug. Demgegenüber stehen begrenzte Baulandreserven und Umstrukturierungspotenziale.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, werden folgende Punkte vereinbart:

Das gültige REK sieht bei Neubauten mindestens 50%, besser noch 75% geförderte Mietwohnungen vor. Das muss konsequent eingehalten werden.

Derzeit ist das Instrument der Vorbehaltsflächen auf ausgewiesenes Bauland beschränkt. Es soll auf landesgesetzlicher Ebene eine Initiative gesetzt werden, auch sonstiges Grünland als Vorbehaltsfläche auszuweisen. Dies könnte, mangels anderer Alternativen für GrundbesitzerInnen, auch eine Mobilisierung bewirken.

Ein Verkauf von städtischen Wohnungen ist nicht beabsichtigt. Ebenso abgelehnt werden Verkäufe ausfinanzierter Wohnungen der GSWB, da diese damit dem freien Markt zugeführt werden. Zum Vergleich: Ein Quadratmeter einer städtischen Mietwohnung kostet rund € 8,- Bruttomiete; am freien Markt sind es rund € 14,-! Diesbezüglich wird die Stadt darum bemüht sein, sich die Einweisungsrechte für ausfinanzierte Wohnungen gemeinnütziger Wohnbaugesellschaften zu sichern.

Die bereits begonnene Generalsanierung bzw. der Neubau der Strubergassensiedlung wird in dieser Funktionsperiode zu Ende geführt.

Bei allen städtebaulichen Überlegungen ist die hohe Dichte im Norden der Stadt bzw. ein gewisser Nord-Süd Ausgleich im Auge zu behalten (siehe Wohnprojekt Remise).

Die Stadt Salzburg hat sich in den vergangenen Jahren bei Gebühren wie Müll und Kanal sehr zurückgehalten. Meist wurde nur die Abgeltung der Inflation verrechnet, in einigen Fällen fanden überhaupt keine Erhöhungen statt. Dieser Kurs wird fortgesetzt.

Die Stadt wird sich aktiv in die Bodenpolitik einbringen (vgl. VAP), dass sie um Optionen zur Sicherung von Baulandflächen bemüht ist und diese Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften anbietet. Diese Absicht bekundet die Stadt in gleicher Weise auch für Gewerbegebiete. Zur Bewerkstelligung dieser neuen Aufgabe ist die entsprechende Personalvorsorge zu treffen. Zu dieser Thematik wird ein Amtsbericht vorbereitet.

In den kommenden Jahren zeichnet sich der Neubau von rd. 2.500 bis 2.700 Wohnungen ab. Im Wissen um den höheren Bedarf wird die Stadt alle Anstrengungen zur Bedarfsdeckung unternehmen.

Zur Abdeckung von Wohnbedarf soll in dafür geeigneten Planungsgebieten eine punktuelle Überarbeitung von Bebauungsplänen ermöglicht werden.

Für die Sanierung von im Eigentum der Stadt stehenden Wohnungen wird im Budget 2014 zusätzlich € 1 Mio. vorgesehen. Damit können die derzeit nicht sanierten und leer stehenden 50 bis 60 Wohnungen instandgesetzt werden. Mit der Umsetzung dieser Sanierungsmaßnahmen ist unverzüglich zu beginnen.

Wohnungsamt neu

Das Wohnungsamt der Stadt ist für die Vergabe der städtischen Wohnungen und jener, für die die Stadt einweisungsberechtigt ist, zuständig. Angesichts der oben geschilderten Fakten ist die Arbeit eine besonders schwierige und bedarf jedweder Unterstützung.

Deshalb das Projekt „Wohnungsamt neu“ mit 4 Schwerpunkten:

Konzentration der Kräfte "unter einem Dach" im Wohnungsamt: also
Wohnungsvergabe, Schlichtungsstelle/Mietrecht, KGL

Planungskompetenz (notwendige Zustimmung bei
Planungsprozessen/Raumordnungsverträgen etc.)

Sozialkompetenz: Aufbau einer sozialen Betreuung im Vergabe/Wohnungsbereich; mehr Betreuung/Befassung mit Wohnungssuchenden (Verbesserung der Zuweisungsqualität).

Die Stadt wird in Verhandlungen mit den gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften danach trachten, ihre Einweisungsrechte auf mindestens 50 % zu erhöhen. Bei größeren Wohnobjekten wird hinsichtlich der Nutzung ihrer Einweisungsrechte auf die Erfahrungen der jeweiligen Wohnbaugesellschaft zurückgegriffen. Das Zuweisungskontingent der Stadt in Höhe von 100 % bei Baurechtsvergaben bleibt davon unberührt.

Wohnprojekt Remise

Die Salzburg AG verhandelt derzeit nach einhelliger Zustimmung im Aufsichtsrat mit der ASFINAG über den Ankauf des im südöstlichen Quadranten des Autobahnknotens Mitte befindlichen Grundstücks. Bei positivem Abschluss der Verhandlungen könnte die Busremise, welche ohnehin dringend zu erneuern ist, auf ausreichendem Platz dort neu gebaut werden. Laut Salzburg AG wäre dieser Standort aufgrund der direkten Verbindung zum Hauptbahnhof ideal. Im Gegenzug könnten auf dem jetzigen Standort in der Alpenstrasse dadurch geförderte Wohnungen entstehen. Die Lage ist ideal: Infrastruktur, ÖV-Anbindung, kurze Wege ins Grünland der Josefiaw und der Hellbrunner Allee. Es existiert bereits eine erste Baustudie. Potenzial: 300 Wohnungen.

Der Vorstand der Salzburg AG wird dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 8.4.2014 über den aktuellen Stand des Projekts berichten. Inhaltlich gibt es laut neuersten Erkenntnissen finanzielle Bedenken.

Die Stadt Salzburg wird sich weiterhin um die Realisierung dieses Projektes, welches die Bereiche Stadtentwicklung, Wohnen und Öffentlicher Personennahverkehr voranbringt, bemühen.

4. Soziales

Für den Sozialbereich sollte – ähnlich wie in der Kultur – der Ausbau der mittelfristigen Förderungsvereinbarungen geplant werden. Für die diversen Einrichtungen des Bewohnerservice sollten Zielvereinbarungen getroffen werden.

Seniorenwohnhäuser

Durch einen Grundsatzbeschluss im Dezember 2012 und ergänzende Amtsberichte wurde in der vergangenen Funktionsperiode die Generalsanierung und neue inhaltliche Ausrichtung der städtischen Seniorenwohnhäuser beschlossen. Umfasst sind die Seniorenwohnhäuser Hellbrunn, Nonntal, Taxham, Lieferung und Itzling. Kostenschätzung: € 70 Mio.

Die Arbeiten wurden bereits begonnen und sollen in dieser Funktionsperiode abgeschlossen werden. Damit sollte sowohl dem quantitativen Bedarf bis weit in das nächste Jahrzehnt entsprochen werden, als auch den zunehmenden Pflegebedürfnissen.

Die Seniorenheimrichtlinie wird überarbeitet.

Sozial-und Jugendwohlfahrt

Die Jugendwohlfahrt ist aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen ein ständig wachsendes und schwieriges Aufgabengebiet der Stadt. Dazu kommt, dass MitarbeiterInnen mitunter auch in einer ganz besonderen rechtlichen Verantwortung stehen. Aufgabe der Stadt ist es, für eine entsprechende Qualifikation und Motivation der MitarbeiterInnen zu sorgen. Auch die Feldarbeit außerhalb der Diensträume wird ein Thema für die nächsten Jahre. Personelle Ergänzungen orientieren sich an Fallzahlen sowie am Härtegrad.

Ähnliches gilt für das Sozialamt. Hier geht es um Kernkompetenzen der Stadt. Dies wurde nicht immer entsprechend gewürdigt. Die Belastungen sind auch aufgrund des schwierigen Klientels hoch. Zugleich muss genauestens darauf geachtet werden, dass alle rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Aufgabe der Stadt ist es auch hier, für eine entsprechende Qualifikation und Motivation der MitarbeiterInnen zu sorgen.

Die Frage, ob der Bereich der aufsuchenden Sozialhilfe ausgeweitet werden soll, wird vom Gemeinderat nach Einholung der Fachmeinung des Sozialamtes gesondert beurteilt.

Präventive Stadtteilarbeit, Grundlagenstudie

Eine neue Studie zur Verbesserung der Effizienz und Verknüpfung stationärer und mobiler präventiver Stadtteilarbeit soll die Grundlage für eine künftige Organisation ergeben. Im Voranschlag 2014 sind dafür € 100.000,- als Rücklage vorgesehen.

5. Verkehr

Die Zahl der KFZ Fahrten im Stadtgebiet hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Täglich pendeln bis zu 80.000 Menschen im Stadtgebiet. Die Zahl der Straßen kann nicht gesteigert werden, auch nicht ihre Kapazität. Sehr wohl ausbaufähig ist die Kapazität für den Öffentlichen Personennahverkehr, Stichwort Verbesserung des Modal Split.

Die stets als strategische Alternative angesehene Durchbindung des Zentrums mit der Stadtrationalbahn ist realistisch betrachtet in weite Ferne gerückt. Für die vergangene Funktionsperiode war vereinbart, eine Planungsvereinbarung mit dem Bund mit einem Finanzierungsschlüssel 80:20 Bund:Land+Stadt

abzuschließen. Der Bund steht nun auf dem Standpunkt, dass dies eine Privatbahn sei und deshalb der dafür vorgesehene Schlüssel von 50:50 zu gelten habe. Angesichts der bekannten Finanzlage und den seit 2013 verschärften Defizitregeln für die öffentlichen Haushalte eine unrealistische Annahme. Das Projekt, vor allem die Verlängerung bis zum Mirabellplatz, soll keineswegs aus den Augen gelassen werden, für die Zeit bis 2019 zeichnet sich jedoch keine Lösung ab.

In einem Punkt sind sich die Fraktionen des Salzburger Gemeinderates weitgehend einig: Der PendlerInnenverkehr mit täglich rund 160.000 Fahrten stellt die Stadt vor fast unlösbare Probleme. Hier kann nur in Zusammenarbeit mit der Landesverkehrsplanung gegengesteuert werden. Stichwort Mengendrosselung im Umland und an den Stadtgrenzen: PendlerInnen soll man frühzeitig zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel motivieren. Hier gibt es immerhin zwei leistungsfähige Schienenachsen: Lokalbahn und S-Bahn, die schon jetzt ein gutes Angebot darstellen. Die Regionalbusse sind in den Spitzenzeiten ebenso ein Angebot. Innerstädtisch sollte dem Parkdruck durch EinpendlerInnen durch eine Erweiterung der Kurzparkzonen entgegengewirkt werden.

In der verkehrspolitischen Diskussion der vergangenen Monate wurde ein Modell für einen integrierten Taktfahrplan vorgestellt. Verfasser ist Dr. Günther Penetzdorfer, der vormalige Regionalleiter der ÖBB, der mittlerweile international mit seiner Firma masterconcept tätig ist. Er hat auf Basis der vorhandenen Bahn- und Straßeninfrastruktur eine Demoversion in einem der acht Hauptverkehrskorridore – Salzburg/Bad Ischl – erstellt. Mit einem Investitionsaufwand von € 5 Mio. und einer jährlichen Betriebskostenerhöhung von € 1 Mio. geht Dr. Penetzdorfer von einer deutlichen Verbesserung des Modal Split und einer starken Reduktion des MIV in der Stadt aus. Dieses Modell verdient sicher eine nähere Betrachtung. An einer Umsetzung müssen sich naturgemäß Land und Anrainergemeinden beteiligen.

Die Stadt Salzburg hat in den vergangenen Jahren vor allem auf zwei Maßnahmen gesetzt: Ausbau des Radwegenetzes und Ausbau der Busspuren. Während die Radwege auf breite Akzeptanz stoßen und auch entsprechend genutzt werden, sind die Busspuren meist umstritten. Es gibt aber keine Alternative. Entsprechende Diskussionen im Planungsausschuss steigern mit Sicherheit die Akzeptanz. Zudem kann gesagt werden, dass Salzburg 2013 wieder den Titel der Radhauptstadt Österreich erringen konnte und die Zahl der Busfahrgäste immerhin langsam steigt. Der Modal Split hat sich hingegen nicht verbessert.

In der Stadt selber können demnach im Wesentlichen drei Faktoren beeinflusst werden: die Flüssigkeit des Verkehrs an den Ampeln, die Beschleunigung und Elektrifizierung der Busse und der Ausbau des Radwegenetzes.

Für die kommende Funktionsperiode wird daher vereinbart:

In Zusammenarbeit mit der Landesverkehrsplanung werden Maßnahmen gesetzt, welche PendlerInnen an ihren Wohnorten zum Umstieg in die öffentlichen Verkehrsmittel motivieren.

Die Erweiterung der Kurzparkzonen wird als eine geeignete Maßnahme ins Auge gefasst. Zur Beurteilung der Situation wird ein Amtsbericht vorbereitet.

Das Projekt Musterkorridor für einen integrierten Taktfahrplan aus der Seenregion wird als erster Schritt für ein längerfristiges Gesamtprojekt konkret verfolgt.

Der Ausbau der verkehrsabhängigen Ampelsteuerungen im Stadtgebiet sowie der Pförtnerampeln am Stadtrand und in den wichtigsten Einfahrtsrouten.

Die Beschleunigung der Busse im Stadtgebiet. Als eine Maßnahme wird die Errichtung von Fahrscheinautomaten an zentralen Haltestellen angestrebt.

Durchgehende Elektrifizierung und Verlängerung der Linie 12 über die Siezenheimer Straße und den Graf Zeppelin Platz zur besseren Erschließung des Stadtteils Taxham. Investitionskosten: € 2,7 Mio. Dazu wird ein Amtsbericht vorbereitet.

Der weitere Ausbau des Radwegenetzes, vor allem im dichtbesiedelten Norden der Stadt mit einer jährlichen Dotierung von € 1 Mio. Sonderinvestitionen wie die Radbrücke über die Rudolf Biebl Straße sind gesondert zu finanzieren.

Die Stadt beteiligt sich nach Maßgabe der Mitfinanzierung Dritter an einem € 365 Ticket des Verkehrsverbundes für die Kernzone. Zuletzt waren dafür € 150.000 p.a. im Gespräch.

Die Stadt wird sich dafür einsetzen, dass das schienengebundene Angebot zwischen Salzburg und Straßwalchen ausgebaut wird.

Zur Entschärfung von Unfallhäufungspunkten werden in einem mehrjährigen Programm bauliche Maßnahmen umgesetzt und zudem Vorschläge unterbreitet, wie Tempo 30 Zonen baulich gestaltet werden können. Zu den einzelnen Maßnahmen werden Einzelamtsberichte vorgelegt.

Die Notwendigkeit der Erschließung des Freibades Leopoldskron mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird im Wege einer KundInnenbefragung erhoben.

6. Transparenzpaket und BürgerInnenbeteiligung

Budget

Bei Budgeterstellung und -abrechnung ist die Stadt derzeit an die österreichweit geltenden Regelungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung gebunden. Etwaige Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften fallen in die Kompetenz des Bundes Bundeshaushaltsrechtes (angelehnt an internationale Rechnungslegungsstandards), der aktuell beabsichtigt, die VRV nach dem Vorbild des Bundes zu überarbeiten. Die Finanzkommission des Städtebundes (unter Vorsitz des Finanzdirektors der Stadt Salzburg) ist in die Arbeiten eingebunden. Es ist daher zweckmäßig und wirtschaftlich, die dann ohnehin verpflichteten Bundesvorschriften, die aus heutiger Sicht 2018 in Kraft treten könnten, abzuwarten und den Zeitraum bis zum Inkrafttreten für die umfangreichen Arbeiten an einer solchen grundlegenden systematischen Umstellung zu nutzen.

Beteiligungen

Den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen wird der jährliche Beteiligungsbericht zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus werden für jene ausgegliederten Gesellschaften der Stadt und für Beteiligungen, bei denen die Stadt das bewerkstelligen kann, Vorschläge erarbeitet und Lösungen angestrebt, die den Mitgliedern des Gemeinderates im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Informationsrechte sichern.

Es wird vereinbart, dass die EigentümervertreterInnen im Rahmen von an sie gerichtete Anfragen, die GeschäftsführerInnen ermächtigen, Auskünfte zu erteilen, sofern keine berechtigten Interessen der Gesellschaft beeinträchtigt werden.

Open Government und Transparenz

Weiterentwicklung der Öffnung des Unternehmens Magistrat. Die MitarbeiterInnen des Unternehmens Magistrat stehen permanent im Spannungsfeld zwischen Amtsverschwiegenheit und Datenschutz auf der einen Seite und der berechtigten Erwartung nach mehr Transparenz und open government. Das Projekt „Open Government“ ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Salzburg war die erste Landeshauptstadt, welche das gesamte Budget bis ins Detail online stellte. Gemeinderatssitzungen werden online übertragen. Weitere Ausbauschritte sollen nach Klärung datenrechtlicher Fragen umgesetzt werden.

Direkte Demokratie

Es gilt der Beschluss des Gemeinderates vom 17.4.2013 zur Umsetzung des Salzburger Modells inkl. Protokollanmerkung zur Selbstbindung.

7. Wirtschaft

Die Stadt Salzburg ist Wirtschaftstreibende und Wirtschaftsstandort zugleich.

Zur Abdeckung des Bedarfs wirtschaftlicher Nutzungen soll in dafür geeigneten Planungsgebieten eine punktuelle Überarbeitung von Bebauungsplänen ermöglicht werden.

Die Stadt als Wirtschaftstreibende

Die Stadt Salzburg betätigt sich auf vielen Feldern als Wirtschaftstreibende. Von den städtischen Wirtschaftsbetrieben wie Müllabfuhr und Bauregie, bis zu den Freizeitbetrieben und dem Schloss Hellbrunn. Nach allen Umfragen ist die Zufriedenheit der KundInnen relativ hoch. Die strukturellen Veränderungen der vergangenen Funktionsperiode haben sich bewährt.

Nochmals geprüft werden sollte eine engere Kooperation von Kanal und Gewässeramt mit der SAB. Die nachfolgenden Punkte sind Teil eines Berichtes, der Ende 2009/Anfang 2010 von der Organisationsabteilung verfasst wurde. Der damals gegenübergestellte Aufgabenkatalog und die damit befassten Personen sind in etwa gleich geblieben. Tatsache ist aber auch, dass in wesentlichen Bereichen, die im damaligen Bericht als Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt wurden, bereits zusammengearbeitet wird: Die Kamerabefahrungen werden ausschließlich für die Abt. 6 erledigt. Dafür borgt sich die SAB ausschließlich ein Spülfahrzeug der Abt. 6 aus, wenn es Engpässe gibt. Jene Steuerungsanlagen, die EDV-mäßig erfasst sind, laufen auf dem System der SAB (mit Zugriffsmöglichkeit der Stadt). Die Durchflussmessungen werden für die Magistratsabteilung 6 erledigt. Vor allem beim Kanalkataster bzw. Indirekteinleiter-Kataster kommt das gesamte Knowhow mittlerweile von der SAB und wird von der Abt. 6 nur mehr verwaltet.

Diese Zwischenebene(n) könnte man weglassen, ohne dass damit irgendetwas verloren geht. Differenzen gibt es operativ vor allem bei der Koordinierung der Reinigungsintervalle, was manchmal leider dazu führt, dass das Kanalräumgut von einem Netz ins andere geschoben wird.

Innerhalb der Abt. 6 gibt es auch noch Doppelgleisigkeiten zwischen Kanalamt und Straßen- und Brückenamt, die man ebenfalls beseitigen könnte.

Natürlich hätte eine Bereinigung auch Vorteile für den RHV: vor allem könnten mit einem größeren Personal- und Gerätepool auch größere externe Aufträge akquirieren, werden. Dies würde auf die Mitglieder kostenentlastend zurückfallen!

Die Stadt als Beteiligte

Die Stadt ist an zahlreichen wichtigen Wirtschaftsbetrieben auch in der Region beteiligt: Flughafen, Messezentrum, Parkgaragengesellschaft, Untersbergbahn, Abfallbeseitigung in Siggerwiesen, Salzburg AG.

Flughafen

Der Flughafen ist mitsamt seinen Tagesrandverbindungen und dem Charterverkehr das Rückgrat für den Tourismus und die Wirtschaft in der Region. Ihn gilt es weiter zu verteidigen. Dies kann in Hinblick auf die drohende Durchführungsverordnung des Deutschen Verkehrsministeriums am besten auf bilateraler und europäischer Ebene erfolgen. Darauf soll sich die Stadt mit aller Kraft konzentrieren. Auch das Land als Mehrheitseigentümer muss nun dazu seinen Teil beitragen. Zugleich muss hohes Augenmerk darauf gelegt werden, dass die Airlines den Salzburger Flughafen nicht aushungern. Jüngste Beispiele sind die Schließung des Ticketschalters der AUA am Flughafen und die Einschränkungen bei den Tagesrandverbindungen nach Wien, Frankfurt und Zürich. Die Zahlen des Flughafens belegen zudem einen deutlichen Rückgang bei den Linienflügen von 2013 auf 2014: innerhalb Österreich minus 19%.

Messezentrum

Das Messezentrum arbeitet operativ positiv. Bilanziell schlagen jedoch die hohen Ausgaben für die Errichtung der Arena und die Wiedererrichtung der Halle 6 stark negativ zu Buche. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft wurden verschiedene Varianten zur Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft diskutiert. Vorgeschlagen wird nun in Absprache mit dem Eigentümervertreter Land ein einmaliger Kapitalzuschuss von insgesamt € 12,7 Mio. – aufgeteilt zwischen Stadt und Land. Damit kann bis 2023 gewährleistet werden, dass keine weiteren Maßnahmen der Gesellschafter notwendig sind und der Schuldenstand sich leicht verringert.

Salzburg AG

Die Salzburg AG sichert die Grundversorgung der Salzburger Bevölkerung mit Strom, Gas, Internet, regional – vor allem im Zentralraum – auch bei der Fernwärme, im Verkehr und beim Wasser. Damit diese Leistungen der sogenannten Daseinsvorsorge auch in Zukunft gesichert sind, muss stetig investiert werden. Dies erfordert eine Dividendenpolitik mit Augenmaß. Im Gründungsvertrag sind zumindest 35% des Gewinnes vorgesehen, in den vergangenen Jahren gingen die Wünsche des Landes weit darüber hinaus.

Die Stadt Salzburg hat sich als Eigentümerin immer dagegen verwehrt und zuletzt maximal einer Gewinnentnahme von 50% zugestimmt. Dieser Kurs soll auch in Zukunft beibehalten werden.

Im Zusammenhang mit den Beteiligungen der Stadt werden folgende Festlegungen getroffen:

Der uneingeschränkte Bestand des Flughafens muss mit allen Kräften verteidigt werden. Der Dialog mit den FlughafenanrainerInnen wird fortgeführt. Wie auch bei anderen Beteiligungen bekundet die Stadt ihr Bestreben nach maßvollen Gewinnentnahmen.

Dem Messezentrum wird eine einmalige Kapitalspritze von € 6,3 Mio. seitens der Stadt gewährt. Ein Amtsbericht bezüglich Zuschussleistung wird vorbereitet.

Die Stadt Salzburg wird bei der Salzburg AG in den kommenden Jahren einer maximalen Dividende von 50% zustimmen.

8. Bildung, Wissenschaft, Forschung

Bildung, Wissenschaft und Forschung scheinen auf den ersten Blick nicht zu den Hauptaufgaben einer Kommune zu gehören. Tatsächlich ist es aber so, dass die Stadt Salzburg über viel Potential verfügt, viele Kompetenzen innehat und noch viel Spielraum nach oben besteht.

Kindergärten und Horte, Nachmittagsbetreuung, Bildungsangebote

Die Stadt Salzburg verfügt über zahlreiche Einrichtungen zur Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Der gesamte Kindergarten- und Hortbereich, die Pflichtschulen mit ihrer stetig wachsenden Nachmittagsbetreuung, Sonderschulen, Polytechnische Schule, Stadtbibliothek und vieles mehr. Die grundlegende Idee ist, die Tatsache zu nutzen, dass die vielen Jugendlichen ohnehin in unseren Häusern sind und ihnen Angebote über das Pflichtschulwesen hinaus zu machen. Dies geschieht seit Jahren in der Nachmittagsbetreuung, kann aber auch auf andere Einrichtungen ausgedehnt werden. Die Stadt ist zwar „nur“ Pflichtschulerhalterin, übernimmt aber zunehmend Aufgaben in der vorschulischen- und schulischen Bildung. Der Gemeinderat hat deshalb durch eine Änderung des VAP im März 2013 beschlossen, die Fachbereiche Schulen, Kindergärten, Horte und Nachmittagsbetreuung verwaltungstechnisch und organisatorisch zusammenzulegen.

Vor diesem Hintergrund werden folgende Ziele vereinbart:

Die Kompetenz der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Salzburg zu stärken, wobei besonderes Augenmerk auf die sprachlichen Fähigkeiten zu legen ist.

Mit der Zusammenführung von Kinderbetreuungseinrichtungen ist es erforderlich, neue Modelle für eine koordinierte Verwaltung von Gebäudereinigung, Essensversorgung und Hausmeisterfähigkeit zu finden.

Die Versorgung mit Essen soll über Stützpunktküchen erfolgen. Eine erste Produktionsküche wird im Bildungscampus Gnigl errichtet. Kosten: € 2,5 Mio.

Ausbau der Schulen für die Anforderungen einer zeitgemäßen Pädagogik.

Bauliche und finanzielle Vorbereitung für ganztägige Volks- und Hauptschulstandorte zu treffen.

Qualitätsoffensive in den Kindergärten: Fachpersonal, das im Rahmen der Umwandlung der Horte in schulische Tagesbetreuung zur Verfügung steht, soll im Rahmen einer Qualitätsoffensive in den städtischen Kindergärten eingesetzt werden.

Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen, etwa im Sommer, sollen wiederkehrend mit Blick auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern überprüft werden.

Die ärztliche Betreuung in allen Einrichtungen soll an den Standard der schulärztlichen Betreuung herangeführt werden.

Im Zusammenhang mit der baulichen Umsetzung Gnigl bekundet die Stadt ihr Bemühen, eine ausreichende Anzahl an Oberflächenparkplätzen zu schaffen.

Erwachsenenbildung

Ein Meilenstein in der vergangenen Funktionsperiode war die Übersiedlung der Volkshochschule (VHS) in den Competence Park in Lehen. Weitere Erwachsenenbildungseinrichtungen, die derzeit im Corso untergebracht sind, werden folgen. Leider hat nun das Land, seine schriftliche Förderzusage für die Übersiedlung der VHS zurückgezogen. Das Jahr 2014 kann noch überbrückt werden, 2015 müsste das Kursangebot jedoch eingeschränkt werden.

Es ist deshalb und sofort alles daran zu setzen, dass das Land seinen eingegangenen Verpflichtungen nachkommt.

Wissensstadt

Schon in der vergangenen Funktionsperiode wurde das Projekt Wissensstadt Salzburg einstimmig auf den Weg gebracht. Ziel ist es, für Salzburg neben der Marke Kulturstadt auch die Marke Wissensstadt zu prägen. Es wurden mittlerweile zwei Dokumentationsbände vorgelegt. Mit den drei Universitäten wurden zahlreiche Vereinbarungen inhaltlicher und finanzieller Natur geschlossen.

Folgendes wird vereinbart:

Umsetzung der Maßnahmen aus dem Projekt Wissensstadt

Ausbau der Kooperationen mit den Universitäten. Als Beispiele sei angeführt, die Partnerschaft mit der Universität Paris Lodron im natur- und literaturwissenschaftlichen Bereich, für die PMU im medizinischen Forschungsbereich und bei Stipendien.

Grundvoraussetzung ist immer, dass dieses so geschaffene Wissen auch im Bereich der Stadt Salzburg verbleibt.

9. Miteinander

Salzburg ist eine Kulturstadt. Dieses Selbstverständnis bedingt auch, dass die unterschiedlichen Kulturen in der Stadt, respektiert werden. Dieser Respekt ist natürlich keine Einbahnstraße, sondern erfordert auch gegenseitigen Respekt, ganz im Sinne der Menschenrechtstadt Salzburg. Die unterschiedlichen Kulturen sollen gelebt, geachtet und respektiert werden. Das einigende Band ist die gemeinsame Sprache, deren Erwerb Grundvoraussetzung für Bildung, Beruf und Umgang mit Behörden ist. Nur wer gut Deutsch lesen und schreiben kann, kann sich – neben anderen Fähigkeiten – in unserer Gesellschaft behaupten.

Es kann eine erfreuliche Feststellung getätigt werden. Das politische Klima im Gemeinderat der Stadt Salzburg unterscheidet sich wohltuend von anderen Städten. Dumpfe Töne sind die Ausnahme. Aber alles ist verbesserungsfähig. So sollte der interkulturelle Dialog auf eine breitere Basis gestellt werden. Damit kann dem Nebeneinander vorgebeugt, das Miteinander gefördert werden. Wünschenswert wäre es, dass sich alle Fraktionen des Gemeinderates an diesem Dialog beteiligen, wobei natürlich arbeitsteilig vorgegangen werden kann. Wie dies geschehen kann, könnte etwa im Rahmen einer Klausur diskutiert werden.

Um die angeführten Zielsetzungen zu erreichen wird vereinbart:

Ausbau der Angebote an Deutschkursen in allen Einrichtungen der Stadt oder dort, wo die Stadt Subventionsgeberin ist.

Ausbau der kostenlosen Lernangebote für Schüler in den Ferien.

Schaffung von Qualifizierungsangeboten für zugewanderte Menschen zusammen mit den Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Festlegung einer gemeinsamen Strategie des Gemeinderates im Umgang mit zugewanderten Menschen.

Die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen sind unsere Verantwortung. Es gibt in der Stadt Institutionen, wie den Behindertenbeirat und die Behindertenbeauftragte, welche ihre Aufgaben umfassend wahrnehmen. Auch hier ist festzustellen: Das Thema ist grundsätzlich streitfrei, dennoch wird es in der täglichen Arbeit des Gemeinderates noch wenig wahrgenommen. Beispiel: barrierefreie Baustellen.

Folgender Vorschlag wird daher umgesetzt:

Einmal im Jahr gilt die aktuelle Stunde des Gemeinderates dem Anliegen von Menschen mit Beeinträchtigungen in der Stadt Salzburg. Zumindest einem Vertreter oder einer Vertreterin des Beirates ist dazu der Expertenstatus einzuräumen.

10. Kultur

Die Festspiele sind zwar international immer noch die causa prima, die vielen und hochqualitativen Kultureinrichtungen der Stadt sind aber das Rückgrat der Kulturstadt Salzburg.

In den vergangenen Jahren ist viel in die Infrastruktur der Salzburger Kulturstätten investiert worden. Zugleich wurden die Verfahrensabläufe bei Förderungen vereinfacht und zugleich eine hohe Planungssicherheit für die Kulturstätten geschaffen.

Für die Funktionsperiode 2014-2019 werden je nach Sachlage Ergänzungen bei den Mittelfristigen Förderverträgen ins Auge gefasst. Die Einrichtung der Kulturklausur im Vorfeld der jährlichen Budgetberatungen wird beibehalten.

Auf Seite der Investitionen steht die Neuerrichtung der Probesthübe des Landestheaters auf der Agenda. Derzeit probt das Landestheater in drei Räumlichkeiten quer durch die Stadt. Rainberg, Bachstraße und Landestheater. Dafür sind fünf LKW Fahrten pro Tag nötig. Allein daraus entstehen jährliche Kosten von rund € 300.000. Aus den Rücklagen des Theaters soll eine Anschubfinanzierung in Höhe von € 4,5 Mio. geleistet werden.

Ein weiteres Infrastrukturthema ist die Neuerrichtung eines Wissenszentrums des Salzburg Museum. Hier soll das Depot untergebracht werden, welches gleichzeitig als Bibliothek und Archiv öffentlich zugänglich ist.

Das zweite Infrastrukturthema ist die Neuerrichtung des Das Kino. Angedacht war eine Übersiedlung in den geplanten Neubau Priesterhausgarten. Diese Planungen sind derzeit ins Stocken geraten. Sollte sich hier eine neue Bewegung ergeben, wird die Fachabteilung die notwendigen Beschlussvorlagen vorbereiten.

Nach Maßgabe der obigen Ausführungen wird folgendes vereinbart:

Aktualisierung des bestehenden Kulturleitbildes und Vorlage eines Amtsberichts zur Beschlussfassung des Kulturleitbildes 2014

Neubau Probebühne Landestheater zusammen mit dem Land

Neubau Depot Salzburg Museum zusammen mit dem Land

Neubau Das Kino nach Klärung der Vorfragen

11. Sport und Freizeit

Die Stadt hat ihre Sport und Freizeitkapazitäten in der vergangenen Funktionsperiode konsequent ausgebaut. Beispiele sind das neue AYA-Bad und die Fertigstellung des Sportzentrums Mitte oder der Kunstrasenplatz für Austria Salzburg. Die Planungen für eine Dreifachhalle in Lieferung sind bereits weit fortgeschritten, ein Baubeginn ist für 2015 vorgesehen. Mit dem Bau einer Sporthalle im Bildungscampus Gnigl folgt ein weiterer Schritt.

Nun gilt es, dem Trend zu kleineren Spielfeldern, die nahe an Wohnorten Gelegenheit zu Sport und Spiel geben, Rechnung zu tragen. Das Angebot auf diesen Plätzen sollte den Anforderungen der ganztägigen Schulbetreuung, den Bedürfnissen der AmateursportlerInnen und Jugendlichen und zum Teil jener der SeniorInnen gerecht werden. Dazu wird in Abstimmung mit dem Amt für Schulen und Kindergärten und dem Stadtgartenamt ein entsprechender Sportentwicklungsplan erstellt. Um vor allem den Kindern Spiel und Spaß zu ermöglichen, soll nach dem Vorbild des steirischen Baugesetzes auf Spielplätzen der „Lärm von Kindern“ als „zumutbar“ gelten.

Die Einführung von Gratis Wlan in der Stadt Salzburg ist sehr erfolgreich. Derzeit gibt es 27 Hot Spots. Dieses Programm soll fortgeführt werden.

Ausgehend vom Hochwasser am 2.6.2013, welches vor allem im Mündungsgebiet in die Salzach große Schäden verursachte, wurde die Idee geboren, den sogenannten Saalachspitz zu renaturieren und ein höchst attraktives Naherholungsgebiet zu schaffen.

Über folgende Punkte besteht Einvernehmen:

Weiterer Ausbau des Wlan Angebotes in der Stadt.

Umsetzung der bereits geplanten neuen Sportstätten in Lieferung und der Gnigl.

Erstellung eines Sportentwicklungsplanes für siedlungsnahere kleinere Sportstätten.

Das Naherholungsgebiet Saalachspitz wird geschaffen.

Die Möglichkeiten einer angemessenen Stadtmöblierung werden im Wege des Gartenamtes geprüft.

12. Verwaltung

Die Verwaltung der Stadt Salzburg wurde in den vergangenen Jahren mehrfach reformiert. Die Zahl der Abteilungen wurde von Anfangs 14 auf 7 reduziert, jene der Ämter halbiert.

Zuletzt wurden mit Beschluss der Strukturreform im Dezember 2010 neuerlich 190 Planstellen zur Auflösung vorgesehen. Der Effekt dieser Strukturreform lässt sich im Budget nachlesen. Die Personalkosten liegen im Jahresschnitt rund € 10 Mio. unter den für die Periode 2009-2014 vorgesehenen Summen.

Bei Beschluss der Strukturreform 2010 wurde der Verwaltung in Aussicht gestellt, in naher Zukunft keine derart weitreichenden Schritte zu setzen. Weitere Verbesserungen, eine Vereinfachung von Abläufen, sind jedoch immer aktuell. Einzelne Schritte wurden bereits gesetzt und bedürfen einer Weiterführung.

Dazu werden folgende Vereinbarungen getroffen:

SIG: Dienstzuweisung der MD/FM- MitarbeiterInnen zur Sicherstellung der Leitungs- und Weisungsbefugnisse des Geschäftsführers gegenüber den Bediensteten der Stadtgemeinde Salzburg ohne Schlechterstellung der Bediensteten in dienst- und besoldungsrechtlicher Hinsicht.

IKS: Weiterentwicklung des gewachsenen Internen Kontrollsystems zu einem strukturierten, an das Unternehmen Magistrat angepassten System. Einrichtung einer Internen Revision, die sich mit der Kontrolle und der Bewertung dieses Systems und Verfahren innerhalb der Organisation befasst.

Personalentwicklung: Fortführung und Intensivierung der gezielten und strategischen Personalentwicklung, um den ständig steigenden Anforderungen an die MitarbeiterInnen des Unternehmens Magistrat gerecht zu werden.

Absenzenmanagement: Implementierung eines datenbasierten Absenzenmanagements mit dem Ziel der Verbesserung des Umgangs mit Personalressourcen, der Gesundheitsförderung und zur Motivationssteigerung.

Gesundheit: Mit dem Beschluss des Gemeinderates sowie der Unterzeichnung der Charta Betriebliche Gesundheitsförderung im Jahr 2012 bekannte sich die Landeshauptstadt zu einer dauerhaften Betrieblichen Gesundheitsförderung. Fortführung des Projekts.

Personalamt: In den kommenden Jahren wird es aufgrund der Altersstruktur im Magistrat zu großen personellen Veränderungen kommen. Dies erfordert eine entsprechende Verstärkung im Personalamt, um auch Aufgaben des Personalrecruitings bewältigen zu können.

Verwaltungseffizienz: Steigerung durch Anhebung der im Anhang zur GGO festgelegten Wertgrenzen für Entscheidungen und Verfügungen durch den Bürgermeister/die Bürgermeister-Stellvertreter/die Stadträte und die Ausschüsse, einschließlich Stadtsenat. Dazu wird ein Amtsbericht vorbereitet

Personalausstattung Politik: Eine Neuregelung der diesbezüglichen zukünftigen Dienstverhältnisse (Befristung für die Amtsperiode des Gemeinderats mit Übernahmemöglichkeit) wird angestrebt.

IT-Sicherheit: Optimierung der IT-Sicherheit im Unternehmen.

Betriebe: Umsetzung eines neuen Gebührenmodells mit Anreizen zur Mülltrennung und zur Steigerung der Sammeleffizienz. Einheitliche Tarifgestaltung der städtischen Freizeiteinrichtungen. Änderung des Betriebskonzepts der Städtischen Bestattung (Einnahmensteigerung). Erstellung des Friedhofentwicklungskonzeptes. Projekt Sebastianfriedhof: Nutzung unter Beachtung des Denkmalschutzes. Überarbeitung des Friedhofsgebühren-Modells – Anpassung an geänderte Kundenwünsche.

Betriebsvereinbarung: Unter dem Aspekt des verantwortungsvollen Umgangs mit den MitarbeiterInnen wird an der im Jahr 1996 zwischen der Stadtgemeinde Salzburg und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten als Personalvertretung abgeschlossenen und im Jahr 2004 bekräftigten Betriebsvereinbarung auch für die Zukunft festgehalten.

Beauftragte: In jenen Bereichen, in denen das sinnvoll und aus den vorhandenen Kapazitäten heraus möglich ist, soll die Tätigkeit der Beauftragten auch auf Belange der Verwaltung ausgedehnt werden.

Insbesondere wird dies für die Beratungstätigkeit der/des Behindertenbeauftragten als wünschenswert erachtet.

Die **Lehrlingsausbildung** wird in jenen Bereichen angeboten, in denen Bedarf besteht und für Ausgebildete die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung bei der Stadt besteht.

Das Projekt **Mobilitäts- und Parkraummanagement** wird fortgeführt.

Die **Strukturreform** wird evaluiert.

H.C.-Artmannplatz: Zur Umsetzung der vom Gemeinderat am 6.2.2013 beschlossenen Neugestaltung des H.C.-Artmannplatzes wird hinsichtlich der Kosten ein Amtsbericht vorgelegt.

Für die SPÖ:

Heinz Schaden

Für die ÖVP:

Harald Preuner

Für die Bürgerliste:

Johann Padutsch

Für die NEOS:

Barbara Unterkofler

Folgende Unterlagen liegen dem Parteienübereinkommen bei:

- Beilage 1: Entwurf des Arbeitsprogrammes 2014-2019
- Beilage 2: Mittelfristige Planung Ordentlicher Haushalt 2014-2019
Mittelfristige Planung Außerordentlicher Haushalt 2014-2019
Präsentation Finanzstatus
- Beilage 3: Studie Remise
- Beilage 4: AB Seniorenwohnhäuser
- Beilage 5: Reorganisation Euregio Mobilitätssystem
- Beilage 6: Investitionsprogramm Schulen, Kindergärten, Horte
- Beilage 7: Dokumentationsbände Wissensstadt
- Beilage 8: Ressort- und Ausschussvorsitzverteilung
- Beilage 9: Protokoll Parteienverhandlungen